

Erlangen, den 17.01.2019

## Haushaltsrede zum Stadtrat am 17.01. 2019

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Bereits der Haushalt 2018 beinhaltete Investitionen in Höhe von 49 Mio. €.

Für das Haushaltsjahr 2019 werden die Ausgaben im Investitionshaushalt nochmals getoppt. Durch gestiegene Steuereinnahmen, vor allem im Bereich der Gewerbesteuer und höheren Schlüsselzuweisungen steht in diesem Jahr mehr Geld für Investitionen zur Verfügung. Insgesamt ist ein Investitionsvolumen von 55 Mio. € vorgesehen.

Dieses Geld wird für die weitere Schulsanierung, den Bau und Ausbau von Kitas, Horten und Krippen und in die Sanierung von Straßen und Brücken fließen.

Durch die gute Finanzlage können aber auch Projekte im Kulturbereich wie z. B. die Generalsanierung des Frankenhofs, Sanierung der Heinrich-Lades-Halle und die Errichtung eines Bürgerhauses in Kriegenbrunn finanziert werden.

In diesem Jahr fanden auch einige unserer Anträge eine Mehrheit. Das ist erfreulich. Unter anderem kann der Baukostenzuschuss für kinderreiche Familien aufgestockt werden und die Sing- und Musikschule bekommt mehr Kapazitäten und Geld für Instrumente. Zuschüsse gibt es auch für, von uns beantragte Kultur- und Gesundheitsförderung und für soziale Projekte.

Auf eine weitere Verschuldung soll in diesem Jahr verzichtet werden. Das finden wir sehr positiv.

Kritisch sehen wir, dass wieder einige, bereits beschlossene Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

Das Fahrradparkhaus am Bahnhof wäre uns hier besonders wichtig gewesen. Daher darf ich daran erinnern:

Bis 2019 sollte am Bahnhof ein neues Parkhaus entstehen, das Platz für rund 900 Fahrräder im Doppelstockparksystem bietet. Also dreimal so viele Abstellplätze wie bisher. Die chaotische Abstellsituation am Bahnhof sollte damit endlich der Vergangenheit angehören.

Um dieses Bike & Ride Parkhaus schnell umzusetzen hatten wir Haushaltsanträge zur Mittelbereitstellung für die Konzeption und die Umsetzung eingebracht.

Trotzdem wird dieses wichtige Projekt, welches bereits im Dezember 2016 im UVPA einstimmig beschlossenen wurde, nicht umgesetzt. – nach den Angaben des Oberbürgermeisters liegt es nicht am Geld, sondern wohl an Kapazitätsproblemen in der Verwaltung.

Weiterhin auf Eis liegt das Stadtteilhaus Eltersdorf, hier kann der freie Träger die Sanierungskosten der Gaststätte St. Kunigund nicht tragen und es muss eine andere Lösung gefunden werden.

Eigentlich sollten die Räume in St. Kunigund bereits im zweiten Halbjahr 2019 für die Vereine zur Verfügung stehen. Wir hoffen hier auf ein schnelles und praktikables Ergebnis für die Eltersdorfer Vereine und werden dieses nach Kräften unterstützen.

Es werden aber auch weitere beschlossene Vorhaben auf die berühmte „Lange Bank“ geschoben oder sind nur als Merkposten im Haushalt zu finden:

So haben wir immer noch einen beachtlichen Rückstau bei den Schulsanierungen von mit gesamt rd. 88 Mio. €,

so beim

- Campus berufliche Bildung der Michael-Poeschke-Schule der GS Frauenaarach und GS Eltersdorf.

Weiterhin befinden sich folgende Projekte ebenfalls im Rückstau:

- Bei den Straßen- und Brückenbaumaßnahmen von rd. 45 Mio. €.
- Der Generalsanierung Markgrafentheater 12,9 Mio. € (beantragt waren für 2019 Planungsmittel 100 T€)
- VHS, GS Egloffstein'sche Palais 10,5 Mio. € (beantragt waren für 2019 Planungsmittel 50T€)
- Museumsquartier mit Einrichtung 6,5 Mio. €
- Museumswinkel Bauteil B und Bauteil C 6,7 Mio. €
- E-Werk – BA V 1,45 Mio. €
- Bergkirchweihgelände Gesamtkonzept 2,1 Mio. €

Sicherlich ist es eine große Herausforderung, mit dem vorhandenen Personalstand und angesichts der Auslastung der Baufirmen die geplanten Projekte zu bewerkstelligen, wie unser Kämmerer bei der HH-Einbringung richtig anmerkte.

Aber umso wichtiger ist es, dass zuerst diese „Altlasten“ (Alt-Vorhaben) zügig abgearbeitet werden, bevor neue Projekte auf das Gleis gesetzt werden.

Neuestes Beispiel: Es sollen ein Technisches Rathaus (Bauverwaltung- HH19 = 200.000 € Planungskosten) und ein Sozialrathaus gebaut werden.

Es hätten durchaus Möglichkeiten zur Anmietung von Büroräumen im Innenstadtbereich bestanden.

– Neu zu Bauen ist teuer und zieht, wie übrigens auch ein Ankauf, weitere Bauunterhaltskosten in der Zukunft nach sich.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Der städtische Haushalt ist für uns ein Steuerungsmodell und gibt den Gestaltungswillen unserer Kommune wieder.

Wir setzen hier die Zielvereinbarungen zwischen Politik und Verwaltung.

Das tun wir gemeinsam auch in Richtung **bezahlbarer Wohnraum**.

In Zusammenarbeit mit der städtischen Tochter GEWOBAU haben wir den Bau und die Planung von fast 800 Wohnungen auf den Weg gebracht.

Es erfolgten Nachverdichtungen im Stadtgebiet und u.a. im Bebauungsgebiet 411 und 412 entsteht weiterer Wohnraum.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Bautätigkeit in unserer Stadt, neben der Kommune schaffen auch Bauträger und Privatpersonen zusätzlichen Wohnraum in unserer Stadt.

Eine Stadtentwicklung wird in Zukunft aber immer mehr nur im regionalen Zusammenhang funktionieren. Die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten der Region und in der Metropolregion ist für uns deshalb eine wichtige Rahmensetzung der künftigen Stadtentwicklung.

Die Planung mit den Bürgern fördert das bürgerschaftliche Engagement. Der Zusammenhalt wird gestärkt, Migranten und sozial Benachteiligte werden in gewachsene Strukturen mit einbezogen. Dieses Miteinander ist uns als Freie Wähler besonders wichtig.

Dass man nicht gegen unsere Bürgerinnen und Bürger planen kann hat das Ratsbegehren E-West III gezeigt.

Wohnraum gegen die Existenz unserer Landwirte auszuspielen kann nicht der Sinn einer nachhaltigen Stadtplanung sein. Deshalb haben wir Freien Wähler unsere Landwirte hierbei unterstützt.

Das gleiche gilt auch für **Gewerbegebiete**. Wir Freien Wähler wollen die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und den Flächenverbrauch reduzieren.

Die Ausweisung von Gewerbegebieten sollte in erster Linie der Standortsicherung ansässiger Betriebe und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Stadt Erlangen dienen.

Der **Gewerbesteuersatz** in Erlangen beläuft sich auf 440% (letzte Anhebung 2013).

Die Sätze unserer Nachbarstädte, wie Forchheim mit 350% und Herzogenaurach mit 320%, sind deutlich wirtschaftsfreundlicher. Der durchschnittliche Gewerbesteuersatz Mittelfrankens liegt derzeit bei 343,0 % (bayernweit 338,4%).

Wer vor diesem Hintergrund eine weitere Anhebung des Gewerbesteuersatzes fordert, handelt unüberlegt. Damit schwächen wir Erlangen als Wirtschaftsstandort und treffen vor allem unseren **Mittelstand**.

Dabei ist unser Mittelstand als verlässlicher Partner für die Stadt Erlangen besonders wichtig. Er trägt den Hauptanteil an den Gewerbesteuererträgen Erlangens. Daher sollte bei städtischen Ausschreibungen verstärkt darauf geachtet werden, kleinere Lose anzubieten, um auch regionalen Betrieben eine Chance zu geben.

Um den **Einzelhandel** zu stärken und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, brauchen wir funktionierende Strukturen, vor allem in der Innenstadt. Dazu trägt es bei, die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu steigern und damit die Aufenthaltsdauer zu erhöhen. Neue Konzepte gilt es zu fördern und nicht durch Vorschriften zu behindern.

Hierzu gehören aber auch ein gutes Verkehrs- und Parkmanagement für – für PKW und Zweiräder aber auch selbstverständlich ein gut strukturierter **öffentlicher Nahverkehr** innerhalb der Metropolregion.

Um die Innenstadt zu entlasten, muss die Akzeptanz und die Attraktivität des ÖPNV beim Nutzer weiter gesteigert werden. Mit der Einführung eines 365 € Jahrestickets, einer vereinfachten Tarif- und Ticketstruktur und besseren Fahrgastinformationssystemen lässt sich das erreichen.

Einen Busbahnhof an den Arcaden unterstützen wir nicht.

Stattdessen wollen wir den Ausbau des vorhandenen Busverknüpfungspunkts am Großparkplatz zu einem attraktiven und zeitgemäßen ZOB vorantreiben – der durch seine Lage das Umsteigen auf andere Verkehrsmittel optimal gewährleistet.

Mit den weiter steigenden **Personalkosten** sind wir nicht einverstanden.  
Ich darf die „Ampel-Koalition hier an ihre eigenen Vorgaben erinnern,  
und zitiere aus den „Eckpunkten“ des Koalitionsvertrages Ampel 2014:

## 11. Haushalt und Personal (Seite 6 unten/Seite7)

*„Zur Weiterentwicklung der Stadtverwaltung muss ein neuer Reformprozess unter Beteiligung der Beschäftigten eingeleitet werden, aus dem sich Effizienzsteigerungen und damit auch Einsparungen innerhalb der Kernverwaltung ergeben können.  
Ein Neustart bei der Budgetierung und Priorisieren aller Aufgaben mit klarer Verantwortung der Führungskräfte sind dabei erfolgversprechende Wege.  
Neue Aufgaben sind zuerst mit dem bestehenden Personal ggf. durch Wegfall oder Standardreduzierung bei bestehenden Aufgaben zu erfüllen.“*

Leider haben Sie Ihre guten Vorsätze wohl vergessen.  
Fakt ist, dass seit 2014 die Personalaufwendungen um gut 22 % gestiegen sind.  
In Zahlen sieht die Entwicklung seit 2014 wie folgt aus:

Personalausgaben (ohne Rückstellungen):

2014 > 102,7 Mio. €      2019 > rd.127 Mio. €

Innerhalb von 5 Jahren haben wir bei den Personalaufwendungen somit eine Ausgabensteigerung um 24 Mio. €!

Hinzu kommen noch die Kosten für Rückstellungen und die Anmietung oder Schaffung von zusätzlichen Büroräumen.

Wo soll uns das hinführen, wenn diese Entwicklung so weiter geht?

Seit Jahren kritisieren wir diese ausufernde Stellenplanentwicklung und werden diese so nicht mittragen.

In diesem Haushaltsjahr könnten wir einen Personalaufbau um 1,5 Mio. € noch nachvollziehen, da dieses zusätzlich Personal für neu geschaffene oder ausgebaute Kinder- und Jugendeinrichtungen gebraucht wird. Da stehen wir auch dahinter, das ist nicht verhandelbar.

Eine Steigerung um rd.1,8 Mio. € werden wir nicht mit tragen!

Hier muss schnellstens ein Umdenken einsetzen und ich kann Ihnen, liebe Ampelkoalition nur empfehlen doch öfter mal ihren Koalitionsvertrag durchzulesen.

In schlechteren Haushaltsjahren kann uns dieser gestiegene Personalaufwand „auf die Füße fallen“.

Statt immer mehr Stellen aufzubauen setzen wir auf Optimierung der internen Strukturen und Abläufe, mehr Digitalisierung und Bürgerfreundlichkeit.

Ja, im Moment haben wir ein gutes Haushaltsjahr. Eigentlich ein Grund zur Freude.

Das sehen wir trotz der insgesamt guten Haushaltslage nicht.

In der mittelfristigen Finanzplanung von 2020 bis 2022 sind Kreditaufnahmen für Investitionen vorgesehen. Durch die Gesamtheit der Verpflichtungsermächtigungen ist der Haushalt 2019 genehmigungspflichtig.

Anfang Januar hat uns die Kämmerei die Liquidität zum 01.01.19 vorgestellt.

Hieraus ging hervor, dass der Liquiditätsüberschuss nicht ausreicht, um die Finanzmittelfehlbeträge in der mittelfristigen Finanzplanung von 2020 bis 2022 auszugleichen.

Darunter steht in fetter roter Schrift zu lesen:

„Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genehmigungsfähig!“

Dieses „Dilemma“ konnte im Abgleichs-Vorschlag nur durch eine Anhebung des Entwurfssatzes bei der Gewerbesteuer um 10 Mio. € (von 115 Mio. € auf 125 Mio. €) und eine Verbesserung bei der Bezirksumlage von 543.000 € (Umlagesatz 23,8 % > 23,55 %) abgewendet werden!

Wir als Freie Wähler wünschen uns einen stabilen, und nachhaltig auf die Zukunft ausgerichteten Haushalt.

Für die kommenden Jahre, brauchen wir nachhaltige Ansätze und Konsistenz im Hinblick auf eine Haushaltskonsolidierung.

Wir brauchen insgesamt mehr Rücklagen, Kreditabbau und vor allem klare Ziele, das heißt der Mitteleinsatz - Leistung und Wirkung sollen klar nachvollziehbar und stimmig sein.

Noch ist es nicht zu spät eine wirkungsorientierte Haushaltssteuerung zur Liquiditätsverbesserung und zum Schuldenabbau einsetzen.

Wir werden diesem Haushalt daher nicht zustimmen.

Am Ende meiner Ausführungen, steht auch in diesem Jahr der herzliche Dank an alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, dem Personalrat sowie der städtischen Gesellschaften für ihre Arbeit im vergangenen Jahr.

Besonderer Dank gilt Ihnen Herr Oberbürgermeister Dr. Janik und den beiden Bürgermeisterinnen.

Ebenso danken wir allen Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für die gute Zusammenarbeit.

Besten Dank, Ihnen Herr Beugel für Ihren unermüdlichen Einsatz als Kämmerer, sowie an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltsplans und die hilfreichen Erläuterungen.

Herzlichen Dank an unsere Kollegen der ödp, Herrn Höppel und Frau Grille für die stets konstruktive und angenehme Zusammenarbeit in unserer Ausschussgemeinschaft und der Presse für die ausführliche Berichterstattung im vergangenen Jahr.

Ein Dankeschön im Namen der Freien Wähler an alle Bürgerinnen und Bürgern, Migranten und Geflüchteten die gerne in unserer Stadt leben und denen sie zur Heimat geworden ist.

Danke den Handwerkern und Wirtschaftsbetrieben, den Verantwortlichen der Universität und Gesundheits- und Kultuseinrichtungen und unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die den städtischen Haushalt erst ermöglichen.

Unser besonderer Dank gilt allen, die sich in Vereinen, Institutionen und Organisationen ehrenamtlich einbringen. Wir wünschen Ihnen und uns, dass Sie in Ihrem Engagement nicht nachlassen.

Ohne alle diese Menschen wäre unsere Stadt um Vieles ärmer.

Herzlichen Dank



Anette Wirth-Hücking  
Vorsitzende F.W.G.